
Vorbemerkung

Das Buch ist das Ergebnis meiner rund zehnjährigen Forschungen zur Verfassungsgerichtsbarkeit – insb. zum Bundesverfassungsgericht –, die mit einer Untersuchung zu dem durch Hegel und Hobbes geprägten Staatsverständnis in der Asylrechtsprechung für das Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie (ARSP 2003) begonnen hat und sich aktuell mit den Richter-Vorverständnissen in dem von mir mitherausgegebenen Sammelband „Das Bundesverfassungsgericht im politischen System“ (2. Aufl., 2015) befasst. Es führt insgesamt den Ansatz in seiner möglichen Breite vor und weiter fort, den ich im „Begriff des Politischen des Bundesverfassungsgerichts“ (2005) ausführlicher entwickelt und dann in der „Staatstheorie des Bundesverfassungsgerichts und Europa“ (5. Aufl., 2014) speziell für die Analyse der Europa-Rechtsprechung ausgebaut habe.

Dieser Ansatz zielt im Unterschied zu eher machtanalytisch orientierten Zugängen auf die politisch-theoretischen Verständnisse und ideengeschichtlichen Rezeptionslinien von „Staat“, „Demokratie“, „Politik und Recht“, „Volk“, „Parlamentarismus“, „Föderalismus“, „Parteien“, „Europa“, „innere und äußere Sicherheit“, „Grundrechte“, „Beamtentum“ usw., die in Entscheidungen von Verfassungsgerichten zum Ausdruck kommen, ihnen zugrunde liegen bzw. bei seinen Richtern/innen vorherrschen.

Dabei ist festzustellen, dass entgegen dem vom Bundesverfassungsgericht bisweilen selbst vertretenen Mythos einer Trennung von Politik und Recht nicht das „Politische“ das Problem der Verfassungsgerichtsbarkeit ist – dieses ist schlechthin nicht hintergebar, denn jede Justiz (das hat schon Hans Kelsen gezeigt) und erst recht die zu Verfassungsfragen ist „politisch“. Auch nicht das Problem ist die häufig (in Anlehnung an die Argumentation von Carl Schmitt) vertretene, vermeintliche „Unvereinbarkeit“ von Demokratie und Verfassungsgerichtsbarkeit – zumindest dann nicht, wenn man Demokratie nicht als homogenen „Volkswillen“, sondern im Sinne des „checks and balances“ und liberal-pluralistisch begreift. Vielmehr liegt es darin, dass die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in vielen

Bereichen (ausdrücklich: nicht in allen) – und nicht nur in seiner bekannten Europa-Rechtsprechung – in einer Theorietradition der deutschen Staatslehre steht, die gelinde gesagt: problematisch ist.

Die Beiträge sind aus den Jahren 2003-2014 und werden in absteigender chronologischer Folge vorgestellt. Dabei lassen sich die beiden ersten Aufsätze zugleich auch als eine allgemeine Einführung in meinen Forschungsansatz zur Analyse und Funktion der Verfassungsgerichtsbarkeit lesen.

Robert van Ooyen
Berlin, September 2014

Bundesverfassungsgericht und politische Theorie
Ein Forschungsansatz zur Politologie der
Verfassungsgerichtsbarkeit
van Ooyen, R.C.
2015, VIII, 261 S., Softcover
ISBN: 978-3-658-07947-5